

Einnahmen: Ein Drittel für Schuldenabbau?

Lange Gesichter im Finanzausschuss: Die Stadt darf sich auf eine finanzielle Durststrecke einrichten, die in der Geschichte ihresgleichen sucht. Die Gewerbesteuererinnahme wird in diesem Jahr deutlich unter einer Million liegen, sagte Kämmerer Wolfgang Seele.

Obernkirchen. Der Ansatz liegt jetzt bei 750 000 Euro und wurde zurückgefahren von 1,8 Millionen. Rund 700 000 Euro müssen zudem als Gewerbesteuererstattung an Firmen zurücküberwiesen werden. Der Kassenkredit, dessen Obergrenze auf 4,6 Millionen Euro festgelegt wurde, wird um 800 000 Euro aufgestockt. Seele erklärte, dass das Defizit der Stadt steigen werde: um 2,5 Millionen Euro im Finanzplan, Jahr für Jahr. 10,5 Millionen Einnahme bei 13 Millionen Ausgaben: Ab 2010 sieht Seele noch schlimmere Zeiten auf die Stadt zukommen, als sie bislang zu bewältigen hat: „Die Liquidität bricht uns weg.“ Martin Schulze-Elvert (CDU) rechnete vor, dass die Stadt 2007 fast 13 Prozent der Einnahmen für die Schuldentilgung benutzt habe: Wenn Seeles Zahlen zutreffen würden, dann werde die Stadt 30 Prozent der Einnahmen für ihre Schulden wieder ausgegeben müssen. Sein Rat: „Tabulos streichen.“ Die Ausgaben müssten bis zur „Schmerzgrenze“ reduziert werden. Am Beispiel Bauhof entwickelte sich dann eine längere Debatte. Schulze-Elvert störte es, dass dort bei den Ausgaben 637 000 Euro angegeben waren – so viel wie im Vorjahr. „Das ist der falsche Ansatz, 100 000 Euro weniger wären richtig.“ Der Anreiz müsse sein, mit möglichst wenig Geld hinzukommen. Und noch ein Punkt störte ihn: 51 000 Euro für Aus- und Weiterbildung? „Können wir uns nicht leisten.“ Schulze-Elvert schlug vor, das anstehende Streichkonzert gemeinsam anzustimmen: „Wenn es wehtut, tut es eben allen gleich weh.“ Aber immerhin: Die zu erwartenden Schläge würden dann auf viele verteilt – und vielleicht nicht mehr so schmerzen. Es war ein Gedanke, mit dem sich Bürgermeister Oliver Schäfer anfreunden konnte. Die Arbeit des Bauhofes zu ändern, würde auch das Stadtbild verändern: „Dann wird nicht mehr alle zehn Tage, sondern nur noch alle 20 Tage gemäht.“ Schäfer hatte dafür aber eine Forderung: „Das muss dann aber auch von allen 23 Ratsmitgliedern mitgetragen und nach außen kommuniziert werden.“ Prominentestes Opfer des Rotstiftes dürfte allerdings der Rathausumbau werden. Die unzählige Male überarbeiteten Pläne und Varianten haben nur noch Erinnerungswert: Schäfer jedenfalls sprach im Ausschuss davon, dass es auch ausreichen würde, nur die Brandschutzaufgaben zu erfüllen und den Eingangsbereich behindertengerecht umzubauen. rnk